

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Vor mehr als einem Jahr machte der Fall Schlecker bundesweit Schlagzeilen. Der Drogeriediscounter hatte reguläre Arbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt. Unter starkem öffentlichem Druck kündigte Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) damals an, neue Regeln für die Leiharbeit aufzustellen, um deren Missbrauch zu beenden. Ein Jahr danach ist nichts passiert.

Die Leiharbeitsbranche boomt weiter, denn Lohndumping durch Leiharbeit ist ein lukratives Geschäft. Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nähert sich der Grenze von einer Million. Jede dritte offene Stelle ist ein Leiharbeitsplatz, im verarbeitenden Gewerbe sind es sogar rund 60 Prozent der offenen Stellen.

Frau von der Leyen ist vor der Arbeitgeberlobby eingeknickt. Weiterhin dürfen Arbeitgeber Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ohne zeitliche Begrenzung beschäftigen und ihnen miese Löhne zahlen. So bleibt es bei dieser modernen Form der Sklaverei: auf Kosten der Leiharbeitskräfte, die weiterhin mit niedrigen Löhnen abgespeist werden, und auf Kosten der regulären Arbeitsplätze.

Am 24. Februar 2011 legt die Arbeitsministerin dem Bundestag eine Gesetzesänderung vor. Dem Lohndumping mittels Leiharbeit wird damit aber nicht Einhalt geboten. Verhindert wird allenfalls ein allzu dreistes Vorgehen der Arbeitgeber. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ soll nur für die Fälle gelten, in denen ein Arbeitgeber Beschäftigte entlässt und diese anschließend als Leiharbeitskräfte wieder einsetzt. Die Masse der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat davon nichts.

Ein Branchenmindestlohn für die Leiharbeit ist ebenso wenig eine Lösung. Leiharbeitskräfte sollen sich mit einem Lohn begnügen, der voraussichtlich bei 7,79 Euro im Westen und 6,89 Euro im Osten und damit in vielen Fällen weit unter den Löhnen im Einsatzbetrieb liegen wird. Die SPD hat sich bei den Hartz IV-Verhandlungen auf diesen faulen Kompromiss eingelassen. Sie ist eingeknickt: Gleiche Bezahlung für Leiharbeitskräfte wird es nicht geben. Das Zwei-Klassen-System wird fortgeführt.

Leiharbeit strikt begrenzen, Lohndumping stoppen!

DIE LINKE kämpft dafür, die Leiharbeit zurückzudrängen und reguläre Arbeitsplätze zu stärken. Daher bringen wir am 24. Februar einen eigenen Gesetzentwurf ein. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss ab dem ersten Einsatztag gelten – ohne Wenn und Aber! Nur so kann verhindert werden, dass der Einsatz von Leiharbeit zu Lohndumping und gespaltenen Belegschaften führt. Ab dem 1. Mai 2011 gilt die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nur das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verhindert, dass ausländische Kolleginnen und Kollegen über Billigtarifverträge als Lohndrücker missbraucht werden. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ist die Devise.

Es ist Zeit zu Handeln. Leiharbeitskräfte dürfen nicht länger mit niedrigeren Löhnen zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zweiter Klasse abgestuft werden.

Mehr zum Thema im Internet unter www.linksfraktion.de



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Vor mehr als einem Jahr machte der Fall Schlecker bundesweit Schlagzeilen. Der Drogeriediscounter hatte reguläre Arbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt. Unter starkem öffentlichem Druck kündigte Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) damals an, neue Regeln für die Leiharbeit aufzustellen, um deren Missbrauch zu beenden. Ein Jahr danach ist nichts passiert.

Die Leiharbeitsbranche boomt weiter, denn Lohndumping durch Leiharbeit ist ein lukratives Geschäft. Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nähert sich der Grenze von einer Million. Jede dritte offene Stelle ist ein Leiharbeitsplatz, im verarbeitenden Gewerbe sind es sogar rund 60 Prozent der offenen Stellen.

Frau von der Leyen ist vor der Arbeitgeberlobby eingeknickt. Weiterhin dürfen Arbeitgeber Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ohne zeitliche Begrenzung beschäftigen und ihnen miese Löhne zahlen. So bleibt es bei dieser modernen Form der Sklaverei: auf Kosten der Leiharbeitskräfte, die weiterhin mit niedrigen Löhnen abgespeist werden, und auf Kosten der regulären Arbeitsplätze.

Am 24. Februar 2011 legt die Arbeitsministerin dem Bundestag eine Gesetzesänderung vor. Dem Lohndumping mittels Leiharbeit wird damit aber nicht Einhalt geboten. Verhindert wird allenfalls ein allzu dreistes Vorgehen der Arbeitgeber. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ soll nur für die Fälle gelten, in denen ein Arbeitgeber Beschäftigte entlässt und diese anschließend als Leiharbeitskräfte wieder einsetzt. Die Masse der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat davon nichts.

Ein Branchenmindestlohn für die Leiharbeit ist ebenso wenig eine Lösung. Leiharbeitskräfte sollen sich mit einem Lohn begnügen, der voraussichtlich bei 7,79 Euro im Westen und 6,89 Euro im Osten und damit in vielen Fällen weit unter den Löhnen im Einsatzbetrieb liegen wird. Die SPD hat sich bei den Hartz IV-Verhandlungen auf diesen faulen Kompromiss eingelassen. Sie ist eingeknickt: Gleiche Bezahlung für Leiharbeitskräfte wird es nicht geben. Das Zwei-Klassen-System wird fortgeführt.

Leiharbeit strikt begrenzen, Lohndumping stoppen!

DIE LINKE kämpft dafür, die Leiharbeit zurückzudrängen und reguläre Arbeitsplätze zu stärken. Daher bringen wir am 24. Februar einen eigenen Gesetzentwurf ein. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss ab dem ersten Einsatztag gelten – ohne Wenn und Aber! Nur so kann verhindert werden, dass der Einsatz von Leiharbeit zu Lohndumping und gespaltenen Belegschaften führt. Ab dem 1. Mai 2011 gilt die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nur das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verhindert, dass ausländische Kolleginnen und Kollegen über Billigtarifverträge als Lohndrücker missbraucht werden. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ist die Devise.

Es ist Zeit zu Handeln. Leiharbeitskräfte dürfen nicht länger mit niedrigeren Löhnen zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zweiter Klasse abgestuft werden.

Mehr zum Thema im Internet unter www.linksfraktion.de

